



Handwritten: *Handwritten: Ministerialentwurf (geschnittenes Original)*

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1
DVR 37 257
Telex 111145 regeb a, 111780 regeb a
Telefax 713 79 95, 713 93 11
Telefon 0222/71100 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Dr. Schwarzer/5662

Geschäftszahl *91.511/2-III/7/97*

An das
Präsidium des Parlamentes

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Betreff: Ziviltechnikerkammergesetz 1993;
§ 77; Änderung; Begutachtung;

Gesetzentwurf	
Zl.	<i>63 -GE/1997</i>
Datum	<i>18. 8. 1997</i>
Verteilt	<i>18. 8. 97</i>

Dr. Labridg

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich, 25 Ausfertigungen der im Betreff angeführten Novelle zum Ziviltechnikerkammergesetz 1993 zu übermitteln.

Die Frist zur Stellungnahme wurde mit 15. September 1997 festgelegt.

Wien, am 31. Juli 1997
Mit freundlichen Grüßen
Für den Bundesminister:
SC Dr. Koprivnikar

Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

GZ 91 511/2-III/7/97

Entwurf 15.7.97

Bundesgesetz, mit dem das Ziviltechnikerkammergesetz 1993 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Ziviltechnikerkammergesetz 1993, BGBl. Nr. 157/1994, wird wie folgt geändert:

Dem § 77 wird folgender Abs. 3 angefügt:

"(3) Gemäß § 16 des Ingenieurkammergesetzes, BGBl. Nr. 71/1969, abgeschlossene Schiedsverträge bleiben in Kraft. § 16 Abs. 1, 3 und 4 sowie Abs. 2 erster Satz des Ingenieurkammergesetzes sind auf diese Schiedsverträge weiterhin anzuwenden."

V O R B L A T T

Problem:

Schiedsgerichtsvereinbarungen zwischen Ziviltechnikern und deren Auftraggebern, die gemäß § 16 des Ingenieurkammergesetzes (1969) geschlossen wurden, sind mit Inkrafttreten des Ziviltechnikerkammergesetzes 1993, das ein Schiedsgericht als Einrichtung der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammern nicht mehr vorsieht, nicht mehr anwendbar.

Ziel:

Durch die Novelle sollen solche Vereinbarungen anwendbar bleiben.

Kosten:

Mit der Gesetzesänderung sind keine Folgekosten für den Bund verbunden.

Alternativen:

Keine.

Kompetenz:

Art. 10 Abs. 1 Z 8 B-VG ("Ingenieur- und Ziviltechnikerwesen").

EU-Konformität:

EU-Recht wird nicht berührt.

ERLÄUTERUNGEN

Die Bestimmungen des Ingenieurkammergesetzes, BGBl.Nr. 71/1969, das durch das Ziviltechnikerkammergesetz 1993 (ZTKG), BGBl. Nr. 157/1994 ersetzt wurde, sah im § 16 ein Schiedsgericht der Länderkammern vor, das berufen war, über Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern und deren Auftraggebern zu entscheiden, wenn dies im Vertrag vereinbart wurde.

Das ZTKG sieht ein solches Schiedsgericht nicht vor, weil es den Vertragspartnern frei steht, eine Schiedsklausel in ihre Verträge aufzunehmen, ohne daß dafür eine Mitwirkung der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammern zu normieren war.

Der OGH kam in einem Verfahren (1 Ob 641/95 vom 26.3.1996) zum Ergebnis, daß Schiedsvereinbarungen erlöschen, wenn das in einer Schiedsvereinbarung berufene Organ einer beruflichen Standesvertretung wegfällt. Das bedeutet, daß alle vor Inkrafttreten des ZTKG vereinbarten Schiedsklauseln, die das Schiedsgericht der Ingenieurkammern als Schiedsinstanz vereinbart hatten, nicht mehr anzuwenden sind.

Die Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten hat darauf hingewiesen, daß Schiedsgerichtsvereinbarungen in Ziviltechnikerverträgen einen hohen, insbesondere prozeßökonomischen Stellenwert haben und vor allem bei Verträgen mit ausländischen Partnern von großer Bedeutung sind, weil damit ein inländischer Gerichtsstand vereinbart wird.

Durch die vorgeschlagene Regelung werden auf § 16 IKG 1969 gestützte Schiedsvereinbarungen aufrechterhalten, ohne daß aber die Kammern zu einer Mitwirkung am Verfahren berufen sind. Gemäß der in Geltung belassenen Bestimmung des § 16 Abs. 3 IKG 1969 richtet sich die Bestellung der Schiedsrichter und des Obmannes (früher Abs. 2 zweiter Satz) nun nach den Bestimmungen der ZPO. Inzwischen ungeachtet der Rechtsansicht des OGH durchgeführte Schiedsverfahren erhalten durch die Novellierung ihre zweifelsfreie Rechtsgrundlage.

Von der Weitergeltung des § 16 Abs. 5 wurde deshalb abgesehen, weil die Schiedsgerichtsordnung in den Rang eines Bundesgesetzes gehoben und damit die Frage der hinreichenden Publikation geprüft werden mußte. Die Vollziehbarkeit der Abs. 1 bis 4 ist dadurch nicht beeinträchtigt.

91511/2-III/7/97

Verteiler

An
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Sektion II

Ballhausplatz 2
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Sektion I/5

Mariahilferstraße 22
1017 Wien

.

Bundeskanzleramt - Sektion IV

Hohenstauffengasse 9
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Abt. I/11

Ballhausplatz 2
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Abt. I/12

Minoritenplatz 9
1014 Wien

.

Bundeskanzleramt - Bundes-
ministerium für Frauenangelegenheiten
und Verbraucherschutz
zH Fr. Bundesminister Dr. PRAMMER

Ballhausplatz 2
1014 Wien

.

Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

Bundesministerium für
Landesverteidigung

Dampfschiffstraße 2
1033 Wien

Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie

Radetzkystraße 2
1030 Wien

Bundesministerium für
Unterricht und kulturelle
Angelegenheiten

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Bundesministerium für Wissenschaft
und Verkehr

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Rechnungshof

Dampfschiffstraße 2
1033 Wien

Volksanwaltschaft

Singerstraße 17
1015 Wien

Amt der Salzburger
Landesregierung

Chiemseehof
5010 Salzburg

Amt der
Steiermärkischen
Landesregierung

Landhaus
8011 Graz

Amt der Tiroler
Landesregierung

Landhaus
6020 Innsbruck

Amt der
Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
Montfortstraße 4-14
6901 Bregenz

Amt der Wiener
Landesregierung

Friedrich-Schmidt-Platz 5
1082 Wien

Verbindungsstelle der
Bundesländer beim Amt der
NÖ Landesregierung
Schenkenstraße 4
1014 Wien

Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien

Rat für Wissenschaft
und Forschung

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Österreichische Rektorenkonferenz

Liechtensteinstraße 22
1090 Wien

Österreichischer Ingenieur- und
Architekten - Verein

Eschenbachgasse 9
1010 Wien

Bundeskammer der Architekten
und Ingenieurkonsulenten

Karlsgasse 9
1040 Wien

Finanzprokuratur

Singerstraße 17
1015 Wien
.

Österr. Statistisches Zentralamt

Hintere Zollamtstraße 2b
1033 Wien
.

Büro des Datenschutzrates

Ballhausplatz 1
1014 Wien
.

Amt der
Burgenländischen Landesregierung

Landhaus
7000 Eisenstadt
.

Amt der
Kärntner Landesregierung

Arnulfplatz 1
9021 Klagenfurt
.

Amt der
Niederösterreichischen
Landesregierung

Herrengasse 9
1014 Wien
.

Amt der
Oberösterreichischen
Landesregierung

Klosterstraße 7
4020 Linz
.

Österreichischer Gemeindebund

Johannesgasse 15
1010 Wien

Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Bundesarbeitskammer

Prinz Eugen Straße 20-22
1040 Wien

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Hohenstaufengasse 10
1011 Wien

Präsidentenkonferenz der
Landwirtschaftskammern Österreichs

Löwelstraße 12-16
1010 Wien

Vereinigung Österreichischer
Industrieller

Schwarzenbergplatz 4
1030 Wien

Österreichischer
Landarbeiterkammertag

Marco d'Avinogasse 1
1010 Wien

Kammer der
Wirtschaftstreuhänder

Bennoplatz 4
1081 Wien

GZ 91 511/2-III/7/97

Entwurf 15.7.97

Bundesgesetz, mit dem das Ziviltechnikerkammergesetz 1993 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Ziviltechnikerkammergesetz 1993, BGBl. Nr. 157/1994, wird wie folgt geändert:

Dem § 77 wird folgender Abs. 3 angefügt:

"(3) Gemäß § 16 des Ingenieurkammergesetzes, BGBl. Nr. 71/1969, abgeschlossene Schiedsverträge bleiben in Kraft. § 16 Abs. 1, 3 und 4 sowie Abs. 2 erster Satz des Ingenieurkammergesetzes sind auf diese Schiedsverträge weiterhin anzuwenden."

V O R B L A T T

Problem:

Schiedsgerichtsvereinbarungen zwischen Ziviltechnikern und deren Auftraggebern, die gemäß § 16 des Ingenieurkammergesetzes (1969) geschlossen wurden, sind mit Inkrafttreten des Ziviltechnikerkammergesetzes 1993, das ein Schiedsgericht als Einrichtung der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammern nicht mehr vorsieht, nicht mehr anwendbar.

Ziel:

Durch die Novelle sollen solche Vereinbarungen anwendbar bleiben.

Kosten:

Mit der Gesetzesänderung sind keine Folgekosten für den Bund verbunden.

Alternativen:

Keine.

Kompetenz:

Art. 10 Abs. 1 Z 8 B-VG ("Ingenieur- und Ziviltechnikerwesen").

EU-Konformität:

EU-Recht wird nicht berührt.

ERLÄUTERUNGEN

Die Bestimmungen des Ingenieurkammergesetzes, BGBl.Nr. 71/1969, das durch das Ziviltechnikerkammergesetz 1993 (ZTKG), BGBl. Nr. 157/1994 ersetzt wurde, sah im § 16 ein Schiedsgericht der Länderkammern vor, das berufen war, über Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern und deren Auftraggebern zu entscheiden, wenn dies im Vertrag vereinbart wurde.

Das ZTKG sieht ein solches Schiedsgericht nicht vor, weil es den Vertragspartnern frei steht, eine Schiedsklausel in ihre Verträge aufzunehmen, ohne daß dafür eine Mitwirkung der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammern zu normieren war.

Der OGH kam in einem Verfahren (1 Ob 641/95 vom 26.3.1996) zum Ergebnis, daß Schiedsvereinbarungen erlöschen, wenn das in einer Schiedsvereinbarung berufene Organ einer beruflichen Standesvertretung wegfällt. Das bedeutet, daß alle vor Inkrafttreten des ZTKG vereinbarten Schiedsklauseln, die das Schiedsgericht der Ingenieurkammern als Schiedsinstanz vereinbart hatten, nicht mehr anzuwenden sind.

Die Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten hat darauf hingewiesen, daß Schiedsgerichtsvereinbarungen in Ziviltechnikerverträgen einen hohen, insbesondere prozeßökonomischen Stellenwert haben und vor allem bei Verträgen mit ausländischen Partnern von großer Bedeutung sind, weil damit ein inländischer Gerichtsstand vereinbart wird.

Durch die vorgeschlagene Regelung werden auf § 16 IKG 1969 gestützte Schiedsvereinbarungen aufrechterhalten, ohne daß aber die Kammern zu einer Mitwirkung am Verfahren berufen sind. Gemäß der in Geltung belassenen Bestimmung des § 16 Abs. 3 IKG 1969 richtet sich die Bestellung der Schiedsrichter und des Obmannes (früher Abs. 2 zweiter Satz) nun nach den Bestimmungen der ZPO. Inzwischen ungeachtet der Rechtsansicht des OGH durchgeführte Schiedsverfahren erhalten durch die Novellierung ihre zweifelsfreie Rechtsgrundlage.

Von der Weitergeltung des § 16 Abs. 5 wurde deshalb abgesehen, weil die Schiedsgerichtsordnung in den Rang eines Bundesgesetzes gehoben und damit die Frage der hinreichenden Publikation geprüft werden mußte. Die Vollziehbarkeit der Abs. 1 bis 4 ist dadurch nicht beeinträchtigt.

91511/2-III/7/97

Verteiler

An
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Sektion II

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Sektion I/5

Mariahilferstraße 22
1017 Wien

Bundeskanzleramt - Sektion IV

Hohenstauffengasse 9
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Abt. I/11

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Abt. I/12

Minoritenplatz 9
1014 Wien

Bundeskanzleramt - Bundes-
ministerium für Frauenangelegenheiten
und Verbraucherschutz
zH Fr. Bundesminister Dr. PRAMMER

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

.

Bundesministerium für
Landesverteidigung

Dampfschiffstraße 2
1033 Wien

.

Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie

Radetzkystraße 2
1030 Wien

.

Bundesministerium für
Unterricht und kulturelle
Angelegenheiten

Minoritenplatz 5
1014 Wien

.

Bundesministerium für Wissenschaft
und Verkehr

Minoritenplatz 5
1014 Wien

.

Rechnungshof

Dampfschiffstraße 2
1033 Wien

.

Volksanwaltschaft

Singerstraße 17
1015 Wien

.

Amt der Salzburger
Landesregierung

Chiemseehof
5010 Salzburg
.

Amt der
Steiermärkischen
Landesregierung

Landhaus
8011 Graz
.

Amt der Tiroler
Landesregierung

Landhaus
6020 Innsbruck
.

Amt der
Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
Montfortstraße 4-14
6901 Bregenz
.

Amt der Wiener
Landesregierung

Friedrich-Schmidt-Platz 5
1082 Wien
.

Verbindungsstelle der
Bundesländer beim Amt der
NÖ Landesregierung
Schenkenstraße 4
1014 Wien
.

Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
.

Rat für Wissenschaft
und Forschung

Minoritenplatz 5
1014 Wien

Österreichische Rektorenkonferenz

Liechtensteinstraße 22
1090 Wien

Österreichischer Ingenieur- und
Architekten - Verein

Eschenbachgasse 9
1010 Wien

Bundeskammer der Architekten
und Ingenieurkonsulenten

Karlsgasse 9
1040 Wien

Bundeskanzleramt - Geschäftsführung
der Bundesgleichbehandlungskommission

Ballhausplatz 2
1014 Wien
.

Bundeskanzleramt - Seniorenkurie
des Bundesseniorenbeirates

Sperrgasse 8/III
1150 Wien
.

Bundesministerium für
Auswärtige Angelegenheiten

Ballhausplatz 2
1014 Wien
.

Bundesministerium für
Arbeit, Gesundheit und Soziales

Stubenring 1
1011 Wien
.

Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1
1011 Wien
.

Bundesministerium für
Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8
1014 Wien
.

Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7
1014 Wien
.

Finanzprokurator

Singerstraße 17
1015 Wien

Österr. Statistisches Zentralamt

Hintere Zollamtstraße 2b
1033 Wien

Büro des Datenschutzrates

Ballhausplatz 1
1014 Wien

Amt der
Burgenländischen Landesregierung

Landhaus
7000 Eisenstadt

Amt der
Kärntner Landesregierung

Arnulfplatz 1
9021 Klagenfurt

Amt der
Niederösterreichischen
Landesregierung

Herrengasse 9
1014 Wien

Amt der
Oberösterreichischen
Landesregierung

Klosterstraße 7
4020 Linz

Österreichischer Gemeindebund

Johannesgasse 15
1010 Wien
.

Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
.

Bundesarbeitskammer

Prinz Eugen Straße 20-22
1040 Wien
.

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Hohenstaufengasse 10
1011 Wien
.

Präsidentenkonferenz der
Landwirtschaftskammern Österreichs

Löwelstraße 12-16
1010 Wien
.

Vereinigung Österreichischer
Industrieller

Schwarzenbergplatz 4
1030 Wien
.

Österreichischer
Landarbeiterkammertag

Marco d'Avinogasse 1
1010 Wien
.

Kammer der
Wirtschaftstreuhänder

Bennoplatz 4
1081 Wien